

## Gemeinsames Statement von 154 Organisationen

### **APPELL: Die Menschenwürde gilt für alle – auch für Geflüchtete! Gegen sozialrechtliche Verschärfungen und für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**

**Seit einigen Wochen werden beharrlich Sachleistungen und Leistungskürzungen für Geflüchtete gefordert. Dabei erhalten die Betroffenen schon jetzt vielfach lediglich die reduzierten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. In der Debatte werden Gruppen gegeneinander ausgespielt, und die Menschenwürde wird offen in Frage gestellt. Wir lehnen sozialrechtliche Verschärfungen ab und fordern: Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft und die Betroffenen müssen in das reguläre Sozialleistungssystem einbezogen werden.**

Mit Bestürzung verfolgen wir die aktuelle politische Debatte über Asylsuchende, die zunehmend von sachfremden und menschenfeindlichen Forderungen dominiert wird. Die Diskussionen über Sozialleistungen sind dafür ein gutes Beispiel. Solange Geflüchtete bedürftig sind, haben sie Anspruch auf das sozialrechtlich definierte Existenzminimum. Nun geht es offenkundig darum, diesen grundlegenden Anspruch Asylsuchender einzuschränken, mit der Begründung, so könne die Zahl der Geflüchteten in Deutschland reduziert werden. Die im Raum stehenden Forderungen reichen von einer generellen Umstellung von Geld- auf Sachleistungen über diskriminierende Bezahlkarten und eine Kürzung des Existenzminimums bis hin zur Forderung, dass kranken Menschen eine medizinische Grundversorgung vorenthalten werden soll.

Diese Debatte suggeriert, Geflüchtete seien die zentrale Ursache für die zweifellos vorhandenen gesellschaftlichen Missstände wie fehlender Wohnraum oder fehlende Schul- und Kitaplätze. Diese haben jedoch andere Ursachen und würden auch bestehen, wenn Deutschland keine Asylsuchenden aufnehmen würde. Geflüchtete werden so zu Sündenböcken für die verfehlte Sozialpolitik der letzten Jahre, ohne dass dadurch die tatsächlich bestehenden Probleme gelöst werden. Wer aber Scheinlösungen präsentiert, verspielt Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit.

Bereits 2012 hat das Verfassungsgericht in einer wegweisenden Entscheidung das Recht jedes Menschen auf ein menschenwürdiges Existenzminimum festgehalten und dafür gesorgt, dass die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zumindest vorübergehend annähernd dem Hartz-IV-Niveau (heute „Bürgergeld“) entsprachen. Zugleich erteilte das höchste deutsche Gericht dem Ansinnen, Sozialleistungen zur Abschreckung Asylsuchender einzusetzen, eine deutliche Absage: „Die in Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“ (Beschluss vom 18.7.2012 - 1 BvL 10/10) Mit anderen Worten: Sozialleistungen dürfen nicht gekürzt werden, um Menschen von der Flucht nach Deutschland abzuschrecken. Rund zehn Jahre später, im Jahr 2022, verurteilte das Bundesverfassungsgericht eine zehnprozentige Kürzung der Grundleistungen für alleinstehende Geflüchtete, die in „Gemeinschaftsunterkünften“ leben müssen, als verfassungswidrig.

Im Übrigen ist die Behauptung, bessere soziale Bedingungen würden zu mehr Schutzsuchenden führen, seit langer Zeit wissenschaftlich widerlegt. Bereits heute erhalten Geflüchtete vor allem in den Erstaufnahmeeinrichtungen drastisch reduzierte Geldbeträge, neben einem Platz

im Mehrbettzimmer, Kantinenessen und Hygienepaketen und einer oft unheilvoll verzögerten Gesundheitsversorgung. Kein Mensch, der aus einem Krieg oder vor politischer Verfolgung flieht, gibt die Flucht auf, weil er oder sie in Deutschland demnächst mit noch mehr Sachleistungen leben muss. Wenn in diesem Jahr 2023 das Bundesamt in über 70 Prozent aller Asylanträge, die bis September inhaltlich entschieden wurden, einen Schutzstatus feststellt, wird nur allzu deutlich, dass die Menschen nicht wegen der Sozialleistungen kommen, sondern hier Schutz suchen. Die Behauptung, von den geringen Asylbewerberleistungen würden relevante Geldbeträge in Herkunftsländer überwiesen oder im Nachhinein an Schlepper ausgehändigt, ist zynisch und realitätsfern.

Die Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip garantieren ein menschenwürdiges Existenzminimum - für alle Menschen. Wir sagen: Wer unterschiedliche Gruppen gegeneinander ausspielt und die Menschenwürde, Artikel 1 unserer Verfassung, offen in Frage stellt, wendet sich gegen zentrale Errungenschaften unserer Demokratie und des Sozialstaates. Und wer das durch das Bundesverfassungsgericht bestätigte Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum missachtet, unterminiert den Rechtsstaat. Wir erneuern deshalb den Appell, zu dem sich im laufenden Jahr bereits mehr als 200 Organisationen zusammenfanden: Es kann nicht zweierlei Maß für die Menschenwürde geben. Wir fordern das gleiche Recht auf Sozialleistungen für alle in Deutschland lebenden Menschen, ohne diskriminierende Unterschiede. Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Die Betroffenen müssen in das reguläre Sozialleistungssystem einbezogen werden.

## Unterzeichnende Organisationen, 31. Oktober 2023

### Bundesebene

Amnesty International Deutschland e.V.  
Antidiskriminierungsverband Deutschland e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Migrationsrecht im Deutschen  
Anwaltverein  
Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.  
Ärzte der Welt e. V.  
AWO Bundesverband  
Be an Angel e.V.  
bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frau-  
ennotrufe - Frauen gegen Gewalt e.V.  
Bundesarbeitsgemeinschaft Anonymer Behandlungs-  
schein und Clearingstellen für Menschen ohne Kranken-  
versicherung (BACK)  
Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flücht-  
linge - BumF e.V.  
Bundesverband Netzwerke von Mig-  
rant\*innenorganisationen e.V. (NeMO)  
Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen  
Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – BAfF e.V.  
Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschen-  
handel - KOK e.V.  
Der Kinderschutzbund Bundesverband e.V.  
Der Paritätische Gesamtverband  
Deutsche Aidshilfe  
Deutscher Caritasverband e.V.  
Diakonie Deutschland  
Eritreische Demokratische Union in Deutschland e.V.  
Flüchtlingshilfe Iran e.V.  
FORUM MENSCHENRECHTE  
Handicap International e.V.  
International Rescue Committee (IRC) Deutschland  
IPPNW - Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung e.V.  
Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland  
Jugendliche ohne Grenzen  
JUMEN e.V. - Juristische Menschenrechtsarbeit in  
Deutschland  
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.  
Lesben- und Schwulenverband LSVD  
medico international e.V.  
MIA- Mütterinitiative für Alleinerziehende e.V.iG  
Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der  
Kirche e.V.  
Oxfam Deutschland e.V.  
PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flücht-  
linge e.V.  
Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.  
Save the Children Deutschland e.V.  
SOLWODI Deutschland e.V.  
TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V.  
terre des hommes Deutschland  
unofficial.pictures e.V.  
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen  
e.V. (VDJ)  
With Wings and Roots e.V.

## Landesebene

Abschiebebehaftberatung Nord

Antira-Vernetzung NRW

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Bayerischer Flüchtlingsrat

Berlin hilft

Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige  
geflüchtete Menschen (BNS)

Berliner Stadtmission

Condrobs e. V.

Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen  
NRW e.V.

Der Paritätische NRW

Fachvorstand Erziehung, Bildung und Soziale Arbeit  
ver.di Hamburg

Flüchtlingshilfe Velbert und Projekt Deutsch Lernen e. V.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Flüchtlingsrat Brandenburg

Flüchtlingsrat Bremen

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Flüchtlingsrat NRW e.V.

Flüchtlingsrat RLP e.V.

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Hessischer Flüchtlingsrat

Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-  
Pfalz

Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement  
gGmbH

kargah e.V. - Verein für interkulturelle Kommunikation,  
Flüchtlings- und Migrationsarbeit

lifeline e.V.

Medibüro Berlin | Netzwerk für das Recht auf Gesund-  
heitsversorgung aller Migrant\*innen

Migrationsrat Berlin e.V.

moveGLOBAL e.V.

Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersach-  
sen e.V. (NTFN)

Ökumenische Flüchtlingshilfe Oberstadt, ÖFO e.V.  
(Mainz)

Psychosoziale Zentren für Migrant\*innen in Sachsen-  
Anhalt, Halle und Magdeburg

Refugio Stiftung Schleswig-Holstein

Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.

Sächsischer Anonymer Behandlungsschein e.V.

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.

SOFRA - Queer Migrants e.V

Sprungbrett Zukunft Berlin e.V.

Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband  
Berlin/Brandenburg e.V.

Zentrum ÜBERLEBEN

## Kommunale Ebene

AK Asyl Witzenhausen  
Aktion Bleiberecht Freiburg  
Aktion Grenzenlos e.V.  
Anonymer Krankenschein Bonn e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Für Die Eine Welt e.V.  
Arbeitskreis Asyl Cuxhaven e.V.  
Arbeitskreis Asyl Friedrichsdorf eV  
ARBEITSKREIS ASYL TRIBSEES der evangelischen Kirchengemeinde  
Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg  
AWO im Rhein-Kreis Neuss e.V.  
AWO Regionalverband Mittewest-Thüringen e.V.,  
Fachdienst für Migration und Integration  
BISS Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher  
GewaltStadt Osnabrück  
Brot & Rosen. Diakonische Basisgemeinschaft  
CABL - Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein  
Leipzig e.V.  
Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge (CAF) e. V.  
Helferkreis Asyl Worms e.V.  
Diakonisches Werk Region Kassel  
FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e.V.  
Firefly Wamu e.V.  
Flüchtlingshilfe Hamm e.V.  
Flüchtlingshilfe Langenfeld e.V.  
Frauen helfen Frauen e.V. Münster  
Frauen helfen Frauen Kreis Offenbach e.V.  
Frauen helfen Frauen Wolfratshausen e.V.  
Frauenberatungsstelle Stadt und Landkreis Osnabrück  
Frauennotruf Osnabrück  
Frauennotruf und Beratung Rhein-Hunsrück-Kreis  
Fachstelle zum Thema sexualisierte Gewalt e.V.  
Fremde brauchen Freunde e.V., Nordfriesland  
Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsu-  
chender e.V. (GGUA)  
Gesundheitsmobil Lübeck  
IBIS - Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.  
Initiative Schlüsselmensch e.V.  
In-RAGE Ingelheimer Bündnis gegen Rassismus und  
Gewalt e.V.  
Interventionistische Linke Karlsruhe  
IPPNW - Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung e.V.  
iz3w Freiburg  
Kampagne für die Abschaffung des Asylbewerberleis-  
tungsgesetzes  
Kölner Flüchtlingsrat e.V.  
Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und  
Migrant\_innen e.V. (KuB)  
LEA-watch Freiburg  
LIGA - Leininger Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit  
Medibüro Hamburg  
Medibüro Kiel e.V.  
MediNetz Bielefeld im AK Asyl e.V.  
Medinetz Halle Saale e.V.  
MediNetz Jena e.V.  
MediNetz Kassel  
Medinetz Mainz e.V.  
MediNetzBonn e.V.  
Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.  
Multikulturelles Zentrum Trier  
Netzwerk Soli-Asyl Würzburg  
Ökumenische Flüchtlingshilfe Rhein/Ahr  
PAHN Politischer Arbeitskreis  
r42-SailAndRescue  
Refudocs Freiburg e.V.  
Refugee Law Clinic Dresden  
Refugee Law Clinic Leipzig  
Refugio Stuttgart e.V.  
REFUGIUM Flüchtlingshilfe e.V.  
Rückhalt e.V. - Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt /  
Aachen  
Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel  
Seebrücke Freiburg  
Seebrücke Heidelberg  
Seebrücke Witzenhausen  
United Refugees Rights Movement Karlsruhe e.V.  
Verein für Kinder-und Jugendarbeit Hess. Oldendorf e.V.  
Wildwasser Nürnberg e.V.  
Würzburg Solidarisch e.V.